

21. März 2007

## Postulat

von Fakir Atalay (SP)  
und Andrew Katumba (SP)

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die einzelnen Departemente und Dienste der Stadtverwaltung, die im ständigen Kontakt mit der ausländischen Bevölkerung stehen, bei Bedarf die Angebote der interkulturellen Übersetzung Medios nutzen können. Zudem sollen die Abteilungen angehalten werden, im Budget die dafür nötigen Beiträge einzustellen.

## Begründung

Der Verein Medios wurde im Jahre 2005 als nicht-profitorientierter, gemeinnütziger Verein in Zürich gegründet mit dem Zweck, Migrantinnen und Migranten den Zugang zu gesellschaftlich bedeutenden Institutionen wie Schule, sozialen Diensten und Krankenversorgung zu erleichtern. Der Verein Medios vermittelt interkulturelle Übersetzerinnen und Übersetzer in der Stadt und in der Region Zürich. Das Angebot wird von der Stadt Zürich, dem Bund, Kanton und diversen Hilfswerken wie HEKS, Caritas und der Asyl-Organisation getragen.

Die städtischen Departemente, die im direkten Kontakt zur ausländischen Bevölkerung stehen, sehen sich immer wieder Verständnisproblemen konfrontiert. Obwohl es das Ziel ist, dass Migrantinnen und Migranten die hiesige Sprache lernen, damit sie die Dienstleistungen und Angebot der Stadt nutzen und ihre Pflichten erfüllen können, wird es immer wieder akute Problemfälle geben, der den Einsatz eines interkulturellen Übersetzers oder einer Übersetzerin unabdingbar macht. Oftmals ist sofortiges Handeln angesagt, denn Missverständnisse verursachen grösseren Verwaltungsaufwand und somit mehr Kosten.

Der Stadtrat hat mit dem Verein Medios eine Rahmenvereinbarung unterzeichnet, die festhält, dass die städtischen Departemente professionelle interkulturelle Übersetzungsdienstleistungen beziehen können. Diese Rahmenvereinbarung gilt noch bis Ende 2007.

Es ist unbestritten, dass die interkulturellen Übersetzungsdienstleistungen ein hilfreiches und wichtiges Instrument zur Verständigung zwischen Behörden und der ausländischen Bevölkerung darstellen. Trotzdem wurden die Dienstleistungen in den letzten Jahren nur beschränkt in Anspruch genommen. Nach Rückfragen in verschiedenen Departementen wurde festgestellt, dass das Bedürfnis nach eben dieser Dienstleistung stark vorhanden ist. Entweder hatten die städtischen Angestellten keine Kenntnis von dieser Dienstleistung oder aber der dafür nötige und von der Stadtverwaltung gebilligte Betrag wurde im Budget nicht zurückgestellt. Die Stadtverwaltung soll die einzelnen Departemente mit Nachdruck über das Angebot informieren. Die Departementsverantwortlichen sollen angehalten werden, im Budget die dafür nötigen Rückstellungen einzuplanen.

F. Atalay  
